Meinung

# Mehr Strom statt mehr Staat

Es gibt in der Schweiz mehr und mehr politische Forderungen, die Strombranche noch enger an den Staat zu binden als ohnehin bereits. Das wäre jedoch kontraproduktiv.

Markus Saurer
Publiziert heute um 16:26 Uhr

Politiker von links bis rechts fordern in jüngster Zeit zunehmend, die grossen Elektrizitätskonzerne zu zwingen, ihren Strom zum Selbstkostenpreis an lokale Stromverteiler oder direkt an Unternehmen und Haushalte zu liefern; zudem sollen sie auf Beteiligungen an Kraftwerken im Ausland zugunsten des Zubaus von Solar- und Windenergie im Inland verzichten oder aus dem internationalen Stromhandel aussteigen. Auch die Medien überbieten sich mit Vorschlägen, das Rad der Liberalisierung im Stromsektor, an dem bislang noch kaum vorwärtsgedreht wurde, zurückzudrehen und die schon sehr staatsnahen Unternehmen auch operativ an das Gängelband der Behörden zu nehmen.

Solche Forderungen sind wohl motiviert durch die ausserordentlichen Zusatzprobleme der schweizerischen Stromversorgung, die sich durch den Ukrainekrieg ergeben und zu einer veritablen Ener-

gieversorgungskrise geführt haben. Weil aber in der Schweiz Mangellagen in der Winterstromversorgung schon drohten, bevor der Krieg zu noch grösseren Problemen führte, glaubt man sich in Kreisen von Politik und Öffentlichkeit auch einem Marktversagen ausgesetzt.

Bevor jedoch der Stromversorgungsbranche kurzschlussartig me Staat «verordnet» wird, bedarf es einer sorgfältigen Problemanalyse. Ich bin der Meinung, dass sich die aktuelle Problemlage hauptsächlich auf staatliche Regulierungen und weitere politische Einflüsse zurückführen lässt – auf Staatsversagen. Wenn dem so ist, wäre noch mehr Staat sicher nicht die richtige Therapie.

## Unterangebot und Nachfrageüberhang

Eine Mangellage in der Stromversorgung entspricht einem Unterangebot oder einem Nachfrageüberhang. Solche Ungleichgewichte drohen in der Schweiz angebots- wie nachfrageseitig. Im Angebot wurden in den vergangenen zwei bis drei Dekaden kaum mehr Erzeugungskapazitäten, Speicher und Netze zugebaut. Vor der Havarie von Fukushima (2011) wollte die Energiepolitik schwergewichtig auf Investitionen in neue Kernkraftwerke und, wo noch möglich, den Ausbau der Wasserkraftwerke setzen. Es wurde zwar bis zur Bewilligungsreife geplant, aber aus politischen Gründen noch nicht realisiert.

**«In einem freien Markt würden die heute in der Tat grenzwertige Versorgungslage und die Aussicht auf eine dauerhaft weit höhere Nachfrage**

**zu steigenden Preisen und einem Investitionsboom führen.»**

Andere grössere Investitionen (z.B. in Gaskraftwerke) waren für die Unternehmen unter diesen Umständen betriebswirtschaftlich nicht sinnvoll. Aber nach Fukushima wollte die Politik die Kernkraft von heute auf morgen nicht mehr aus-, sondern schrittweise abbauen. Die dadurch entstandene planerische Angebotslücke sollte im Rahmen der neuen Energiestrategie 2050 (ES 2050) durch neue erneuerbare Energien (v.a Photovoltaik und Windenergie), Effizienzmassnahmen, Gaskraftwerke und Stromimporte geschlossen werden.

Auf der Nachfrageseite rechneten die staatlichen Planer zunächst mit einem nur geringfügig steigenden Strombedarf bis 2050. Als aber am 21. Mai 2017 das Volk zur ES 2050 Ja sagte, war schon abzusehen, dass sich die Schweiz im Pariser Klimaabkommen zu einem «totalen» Dekarbonisierungsziel («netto null») verpflichten und der geplante Strombedarf dadurch bis 2050 um 50% oder mehr steigen könnte. Wie ungenau diese planerischen Daten auch sein mögen, gemessen an den früheren Planungen muss jedenfalls mit einem massiven Mehrbedarf gerechnet werden. Er wird im Winter immer weniger durch Importe abgedeckt werden können, weil die in Frage kommenden Lieferländer ähnlich strenge Dekarbonisierungsziele verfolgen und ihr Spielraum für Stromexporte in einen Bedarf an Stromimporten zu kippen droht.

## Regulierung verzerrt Investitionsanreize

In einem freien Markt würden die heute in der Tat grenzwertige Versorgungslage und die Aussicht auf eine dauerhaft weit höhere Nach-

frage zu steigenden Preisen und einem Investitionsboom führen. Das Angebot würde im Bereich des technisch-ökonomisch Möglichen zunehmen, die Preise tendenziell wieder fallen. Davon ist derzeit aber nichts zu sehen. Man kann nur grob vermuten, wo die Hinderungsgründe liegen könnten: Die Energiewende in Deutschland und die ES 2050 werden scheitern, wenn sie nicht nachgebessert oder ersetzt werden – doch noch scheint niemand daran zu arbeiten, die Parlamente wandeln auf dem alten Pfad weiter, niemand weiss, in welche Richtung es gehen könnte.

Wo sollen die Unternehmen so investieren? Die staatliche Bezuschussung der Sonnen- und der Windenergie sowie die prioritäre Netzeinspeisung ihres Flatterstroms verzerren die Marktpreise bis in den negativen Bereich. Effizientere Werke haben das Nachsehen. Back-up-Werke sind zwar unverzichtbar, lassen sich aber aufgrund der eingeschränkten Betriebszeit nicht kostendeckend betreiben. Umweltauflagen, Wasserzinsen und Heimfallregulierung vermindern die Wettbewerbsfähigkeit und das Potenzial der Wasserkraft. Staatlich regulierte Misch- und Selbstkostenpreise auf Kalkulationsbasis historischer Kapitalkosten verschleiern volkswirtschaftlich adäquate Knappheitssignale. Die künftige Rolle der Kernkraft ist unklar.

Regulierungen und politische Willkür verzerren die Investitionsanreize. Es wird in extremis dort investiert, wo die höchsten staatlichen Subventionen geboten werden. Dabei werden Anlagen subventioniert, die im Markt aufgrund mangelnder Effizienz nie bestehen könnten. Die Planungsunsicherheit jederzeit möglicher Regulierungsänderungen kann noch die letzten Investitionsanreize abtöten. Wie weit diese oder andere ordnungspolitischen Probleme zu Versorgungsproblemen geführt haben, muss analysiert werden.

## Keine Inlandversorgung ohne internationalen Handel

Diejenigen, die jetzt schon staatliche Kontrollen bis in die operativen Belange der Konzerne fordern, sollten zurückgepfiffen werden. Dann muss – erstens – auf Ebene des Bundes eine ökonomische Wirkungsanalyse der geltenden energie- und klimapolitischen Regulierungen vorgenommen werden. Wie wirken sie sich mittel- bis langfristig auf Ökonomie, Ökologie und Sicherheit der Versorgung aus? Zweitens müssen die ES 2050 und die Dekarbonisierungsstrategie kontrolliert, korrigiert und aufeinander abgestimmt werden. Drittens kann erst auf der Basis dieser Arbeiten der adäquate Grad der Marktöffnung und der Entstaatlichung bestimmt werden. Erst zuletzt ist auf Ebene von Kantonen und eventuell Gemeinden im Sinne des Grundsatzes, dass die Struktur der Strategie folgen sollte, die Führung (Governance) der mehrheitlich in kantonalem oder kommunalem Besitz befindlichen Energieversorgungsunternehmen zu optimieren.

Die kriegsbedingten Irritationen in den Märkten und Unternehmen kann man, soweit nötig und möglich, mit Sofortmassnahmen «abfedern». Aber es würde zu fatalen dauerhaften Fehlern führen, wenn diese Irritationen jetzt schon – vorschnell und unreflektiert – zum Anlass für Änderungen in den Strukturen und in der Governance gemäss eingangs erwähnter politischer Forderungen genommen würden.

Zum Schluss noch ein Wort zum Stromhandel. Oft hört man die Meinung, die staatlichen Stromkonzerne sollten sich auf Produktion und Verteilung von Strom beschränken und den riskanten, spekulativen internationalen Stromhandel anderen Akteuren überlassen. Das wäre sehr unklug, denn unsere Stromversorgung ist auf Importe und Exporte sowie deren Absicherung durch Handelsverträge verschiedener Konditionen angewiesen. Eine sichere Inlandversorgung ist

ohne internationalen Handel und wettbewerbsfähige schweizerische Handelsteilnehmer nicht möglich. Mittlere und grosse nationale Stromkonzerne verfügen über die Ressourcen und die Kompetenzen, um die Schweiz auf den internationalen Märkten erfolgreich zu vertreten.

---

**Markus Saurer** ist selbständiger Ökonom und Vorstandsmitglied im Carnot-Cournot-Netzwerk. Mehr Infos

Fehler gefunden? Jetzt melden.

**0 Kommentare**